Ihr Einspruch ist beim Finanzamt am 16.05.2023 eingegangen.

Dem Antrag auf Aussetzung der Vollziehung des angefochtenen Verwaltungsakts kann ich nicht entsprechen. Würde eine Aussetzung der Vollziehung – wie hier – im Ergebnis zur vorläufigen Nichtanwendung eines ganzen Gesetzes führen, hat das öffentliche Interesse an einer geordneten Haushaltsführung Vorrang vor den Interessen des Steuerpflichtigen, wenn der durch die Vollziehung des angefochtenen Verwaltungsakts eintretende Eingriff beim Steuerpflichtigen als eher gering einzustufen ist und dieser Eingriff keine dauerhaften nachteiligen Wirkungen hat (Bundesfinanzhof, Beschluss vom 1.4.2010, II B 168/09, Bundessteuerblatt II S. 558). Zusätzlich weise ich darauf hin, dass aufgrund der jetzt ergangenen Bescheide vor dem 1.1.2025 keine Erhebung einer Abgabe im Sinn des § 361 Absatz 1 Satz 1 AO